Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1
Telegramm-Adresse: Saarzeitung.
Fernsprecher 70 u. 82 Postfach 36.

DESPICAT ATQUE FOVET 18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Bezugspreis: Durch Agenten und Post fr. 11.50 Zeitungsgebühr 42 mm-Zeile 0.45 Fr., Deutschland 20 Pfg.
Amtliche Anzeigen 50 Cts.

Nr. 54. Saarlouis, Dienstag, den 8. März 1927. 56. Jahrgang.

Die Ratstagung in Genf.

Genf, 7. März. Die erste Sitzung der 44. Tagung des Völkerbundsrates begann heute vormittag nach 11 Uhr. Sie war, wie üblich, in ihrem ersten Teile vertraulich und gab einer Besprechung über einzelne Gegenstände der Tagesordnung, sowie einer allgemeinen Einstellung der Geschäfte auf die kommenden Verhandlungen. In der geheimen Ratssitzung kam auch eine Reihe von Budgetfragen wie die Wartegelder, heit der Uebernahme der Kosten des Danziger Völkerbundsvertreters durch den Völkerbund zur Beratung. In der heutigen Ratssitzung kam das Völkerbundsbudgets mit auch die Frage der rumänischen Optanten verhandelt werden, die den Rat seit Jahren beschäftigt und einen ernsten Konflikt zwischen Ungarn und Rumänien hervorrief.

Die öffentliche Vormittagssitzung des Rates

Genf, 7. März. Unter großem äußerem Anbrang begann die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates kurz vor 12 Uhr. Sie wurde ohne jede Förmlichkeit vom Präsidenten, dem deutschen Reichsminister Dr. Stresemann, in deutscher Sprache eröffnet. Der Dolmetscher Dr. Schmitt übersetzte die Worte Stresemanns ins Englische und der offizielle Übersetzer bundesminister Dorabji ins Französische. Die Photographen und Filmapparaten knatterten bei den ersten Ausführungen schon ziemlich wenig Lärm, die Verhandlungen, die diesmal noch weiter den Eindruck der Sensation des deutschen Politikers haben. Zwischenfällen sind die erste Sitzung wenig sachlich und unwesentlich. Zuhörer.

Die Verhandlungen begannen mit der bei einigen Zuhörern beim Rat anhängigen Frage der Angerung und des Transportes von Holzgrubenholz auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig, nachdem der Rat vorher noch die Uebernahme der Kosten des Danziger Völkerbundskommissariats durch den Völkerbund abgelehnt hatte. Ohne Wiederwahl der Rat-mitglieder oder des Danziger Völkerbundskommissars von Hamel und des Präsidenten der Freien Stadt Danzig, Sahm, wurde der Bericht des deutschen Delegierten Dr. Stresemann entgegengenommen. Der Bericht erwähnt den Völkerbundskommissar, provisorisch die Erlaubnis für die von Polen für notwendig erhaltenen Transporte zu erteilen, daß behalt sich der Rat seine endgültige Stellungnahme bis nach der Erstattung eines Gutachtens letzten der Ständigen Militärkommission vor. Da der polnische Vertreter Sobanski vom Rat nicht erschienen war, erstattete an seiner Stelle der Berner polnische Gesandte Prodrow den Bericht über die Arbeiten der Mandatskommission und ferner den Bericht über die Anhörung der Petitionäre aus den Mandatsgebieten, die beide angenommen wurden. Die Anhörung der Petitionäre wurde abgeschlossen und zwar mit der Begründung, daß heute Mandatsfälle gehört wären als die bereits zu erwartenden Vorteile.

Die Saarfragen in Genf.

Genf, 7. März. Die Saarbesprechung hat, wie gemeldet wird, bereits mit den beiden Delegationen Stellung genommen. Am kommenden Donnerstag wird über die Frage der Zurückziehung der französischen Truppen verhandelt werden. Die Saarbesprechung steht ebenso wie die heutige auf dem Standpunkt, daß eine Volksabstimmung, wie sie von der Mehrheit der Mitglieder der Saarregierung vorgeschlagen wurde, schon aus verfassungs Gründen ausgeschlossen ist. Man nimmt an, daß vor der Erörterung der Frage am Donnerstag noch eine Aussprache zwischen Stresemann und Briand stattfindet.

Wilson Harris über das Saargebiet.

London, 7. März. „Daily Mail" veröffentlicht heute einen Artikel von Wilson Harris über die Saarfrage, in dem die besonderen Schwierigkeiten des Problems eingehend behandelt werden. Die beiden der ganzen Verhandlungen Dr. Stresemann und Briand, um die Aussicht auf offizielle Zurückziehung zu sichern. Da das Saarbecken entschieden wirtschaftlich nicht gesichert werde, wenn die Französischen Truppen Saarbrücken und Saarlouis verlassen. Wie Frankreich sich Angesichts der französischen Verfügung der Saarregierungsfinanzen wenn das sind Jahre in seinen Ruhr-Besitzen ist, wird von den Leuten Deutschlands und Frankreichs sein Rede bei, auf seinen Frankreich gewiesen; dazu sei es nicht unerschöpfen, daß bittere Bedenken zumal in Saarbrücken und in den Kreisen der Saarbevölkerung Deutschland sei sogar in der Lage, seine Ansichten geltend zu machen und werde wahrscheinlich gegen die Wahl des sächsischen oder bayerischen Ministers der Saarregierungskommission zum Vorsitzenden Einspruch erheben. Der Kriegsschuldfrage und der Saarkommissionsfrage Falle in Berlin wenig Begeisterung erweckt. Nationalistisch in dieser Angelegenheit erwartet Harris den ganz besonderen Widerstand Deutschlands. Es sei ein sicherer Umstand, daß das Saargebiet nicht sofort an Deutschland zurückkehren könne, wie es doch auf jeden Fall im Jahre 1935 tun werde.

R. Genf, 7. März. Reichsminister Dr. Luther veröffentlichte vor der Abreise Briand den abschließenden Kommissionsbericht und den politischen Kommissionsbericht entgegen. Heute soll, wie es heißt, bereits die erste Besprechung zwischen den deutschen Reichsminister Dr. Stresemann und den polnischen Außenminister Zaleski stattfinden.

Die Saarfragen in Genf.

Genf, 7. März. Die Saarbesprechungen hat, wie gemeldet wird, bereits mit den beiden Delegationen Stellung genommen. Am kommenden Donnerstag wird über die Frage der Zurückziehung der französischen Truppen verhandelt werden. Die Saarbesprechung steht ebenso wie die heutige auf dem Standpunkt, daß eine Volksabstimmung, wie sie von der Mehrheit der Mitglieder der Saarregierung vorgeschlagen wurde, schon aus verfassungs Gründen ausgeschlossen ist. Man nimmt an, daß vor der Erörterung der Frage am Donnerstag noch eine Aussprache zwischen Stresemann und Briand stattfindet.

Wilson Harris über das Saargebiet.

London, 7. März. „Daily Mail" veröffentlicht heute einen Artikel von Wilson Harris über die Saarfrage, in dem die besonderen Schwierigkeiten des Problems eingehend behandelt werden. Die beiden der ganzen Verhandlungen Dr. Stresemann und Briand, um die Aussicht auf offizielle Zurückziehung zu sichern. Da das Saarbecken entschieden wirtschaftlich nicht gesichert werde, wenn die französischen Truppen Saarbrücken und Saarlouis verlassen. Wie Frankreich sich Angesichts der französischen Verfügung der Saarregierungsfinanzen wenn das sind Jahre in seinen Ruhr-Besitzen ist, wird von den Leuten Deutschlands und Frankreichs sein Rede bei, auf seinen Frankreich gewiesen; dazu sei es nicht unerschöpfen, daß bittere Bedenken zumal in Saarbrücken und in den Kreisen der Saarbevölkerung Deutschland sei sogar in der Lage, seine Ansichten geltend zu machen und werde wahrscheinlich gegen die Wahl des sächsischen oder bayerischen Ministers der Saarregierungskommission zum Vorsitzenden Einspruch erheben. Der Kriegsschuldfrage und der Saarkommissionsfrage Falle in Berlin wenig Begeisterung erweckt. Nationalistisch in dieser Angelegenheit erwartet Harris den ganz besonderen Widerstand Deutschlands. Es sei ein sicherer Umstand, daß das Saargebiet nicht sofort an Deutschland zurückkehren könne, wie es doch auf jeden Fall im Jahre 1935 tun werde.

R. Genf, 7. März. Reichsminister Luther veröffentlichte vor der Abreise Briand den abschließenden Kommissionsbericht und den politischen Kommissionsbericht entgegen. Heute soll, wie es heißt, bereits die erste Besprechung zwischen den deutschen Reichsminister Dr. Stresemann und den polnischen Außenminister Zaleski stattfinden.

Eine deutsche Beschwerde.

Von unserem Berliner Berichterstatter.

Berlin, den 7. März 1927.

Weil fast keine Zeitung wieder geöffnet. Die Vertreter der „einzelnen Mächte" sind zusammengetreten, um die bei Besonders Unstimmigkeiten durch Vergleiche zu beseitigen. Der Ausgleich der deutschen und polnischen Interessengegensätze erweist sich allerdings als außerordentlich schwierig und bisher bedarf bei dem Zeitabschnitt der Völkerbundstagung ein besonderer Interesse.

Die politische Gesamtlage ist in Berlin fast ca für nötig befunden, an die ausländischen Missionen einen Bericht über den Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen zu übermitteln, der der Wahrheit nötig ist Gesetze lückigt. Die allzeitige Schuld am Abbruch wird den deutschen Unterhändlern zugeschrieben, die es nicht für nötig hielten, auf die polnischen Wünsche und Forderungen nähre einzugehen. Man leiten der deutschen Regierung nicht gegen diesen Bericht schärfster Protest erhoben werden, und man wird sich nicht damit begnügen, lediglich eine Note an die Botschafter Regierung zu überreichen, sondern man wird gleichzeitig durch die deutschen Botschafter in London, Paris, Rom und Wien den polnischen Bericht korrigieren und richtig stellen lassen. Auch in Genf wird die Handlungsweise Polens von den deutschen Vertretern aufs Schärfste gekennzeichnet werden, denn in letzter Stunde ist es die Reichsregierung für nötig erachtet, den deutschen Gesandten Mandler in Warschau eindringlich nach Berlin zu rufen, um die bisherigen Verhandlungen mit den polnischen Behörden und Handelsmitteilungen aufzuhalten, und an Ort und Stelle die Ursachen des Abbruches in Berlin zu erklären. Die Gesamtlage wird für die Regierungen das beste Terrain für die Gesamtheit der einzelnen politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten geben und damit die politischen Verhältnissen am besten verbessern. In Deutschland haben sich die Kreise, die bis jetzt die geringen Kenntnisse Ostpolitik bei auch die Freunde des Völkerbundgedankens Einzelnen, Mißverständnisse wird entfernt, und was wie auch bisher heute noch Mißverständnisse bestehen, wird die Reichsregierung die politischen Verhältnisse nicht zu einem machen kann, so fällt sie doch verpflichtet, ihren Rechtsstandpunkt durch Gesetzlichkeit, einen unterzeichnen Boycotten-Gesetz und durch Gewährung von Handelsgrenzen und allen Mitzu Gebote stehenden Mitteln kundzugeben. Die partei der Kriegs hofft in den letzten Wochen im Mittelpunkt des Weltinteresses stehen, und leicht Amerika bleibt von ihr nicht unberührt. Die Wahlentscheidungen zwischen Polen und Amerika nehmen einen wirkungsvollen Gestalt, nachdem die amerikanischen Finanzkreise schließlich anderen, daß die Polnischen Kredit-Versuche möglichkeiten amerikanischer Gelder auf andere Märkte zu und wie erfolglos sind, und eine Ablehnung ihre Kreditwürdigkeit in Europa kommt, wenn die Schadenersatzfrage nicht in den beiderseitigen Regierungen zum Abschluß gekommen sind. In Europa sind es besonders England und Russland, die sich für die Gewährung der polnischen Kredite Berlin Nähe, Russland, weil es ähnlich zu verhandeln glaubt, daß die ausländische Kreditierung sich zu einem solchen erweitert Wert gegen Deutschland verwendet. Auch England, das sich in seinen Gesinnungen, besonders in den Kreisen durch die immunistischen Hetzparteien bedroht fühlt und in Polen einen gewissen Bundesgenossen sieht, hat die Polnischen Kredite für die englische Wirtschaft und die polnische Freundschaft für wichtig verspricht, sieht sich auch Frankreich gezwungen, das es Frankreichs abhängig mit Polen in den Verbesserungen keine Aufgabe Bindungen zu Polen, Polen Frankreich Gefahr genau Frankreich und, es gänzlich aber den gegenwärtigen Einfluß seiner Bundesgenossen für sich aufzunehmen zu können.

Es gut informierten Kreisen wird das bestimmend versichert, daß bei der Reichsregierung Verschärfung Gesinnungen vorliegen, im politisch-englischen Konflikt ein Vermittler aufzutreten. Es besteht demnach die Möglichkeit, daß der Reichspräsident Hindenburg, der Reichsminister Luther und Reichsminister Stresemann eine solche Aktion mit sich bringen möchte. Der in Berlinlich gebrachte Vorschlag Luthers, mit England und Russland zu verhandeln, ist ein Versuch, die Verbindungen mit Russland noch stärker in den Vordergrund treten. In nicht so ferner Zeit wird Russland, England, als Gegenpol zu Amerikas im Osten Europas liegen, und die Deutsche Regierung teilt bestimmt, im Mittelpunkt zu stehen, falls Deutschland sich bereitwillig als Vermittler zur Verfügung stellt. Das Reichskabinett hat einen Beschluß über den Abbruch noch gefaßt, und es ist zu hoffen, daß Verwirklichungen völlig keine Tatsache gewissen. In unterrichteten Kreisen wird aber mitgenommen, daß sich die deutsche Regierung erst in Monaten vorbehalten wird, ob die Deutsche Botschaftsrat